

Droht uns eine Währungsreform?

Kennen Sie auch diese Geschichten, die der Nachbarin der Cousine des Freundes ihrer Schwester passiert sind und bei denen riesige Vogelspinnenkolonien aus Yucca-Palmen kriechen, unheimliche Anhalter ihre Hände in Autotüren „vergessen“, Omas Katzen in der Mikrowelle trocknen oder Puppen nachts lange Fingernägel wachsen? Immer wieder geistern solche Geschichten („urban legends“) durch die Welt. Eine dieser urban legends, die mir immer wieder begegnet, ist die: „Ich habe einen Bekannten, dessen Freund arbeitet in einer Druckerei. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit, hat der Freund meinem Bekannten erzählt, dass die Druckerei gerade haufenweise neue Geldscheine drucke, weil eine noch geheim gehaltene Währungsreform ins Haus stehe“. Das ist natürlich genauso Nonsense, wie die Vogelspinnen aus der Yucca-Palme und die Hand in der Autotür auf dem nächtlichen Parkplatz.

Sicher sind die Deutschen mit zwei Währungsreformen in den letzten 100 Jahren gebrannte Kinder, aber was von den heutigen „Katastrophen-Anhängern“ gerne übergangen wird, ist die Tatsache, dass den letzten beiden Währungsreformen jeweils ein Krieg vorausging. Sicher irritiert auch eine Staatsverschuldung von

1.669.625.302.148 €

(Stand der „Schuldenuhr am 27.07. um 15:37 Uhr), weil die Zahl für unser normales Zahlenverständnis unfassbar groß ist und jedem Normalverdiener muss diese riesige Zahl als unmöglich tilgbar erscheinen.

In Billionen geschrieben sieht die Zahl gleich etwas übersichtlicher und weniger furchterregend aus:

1,67 Billionen €.

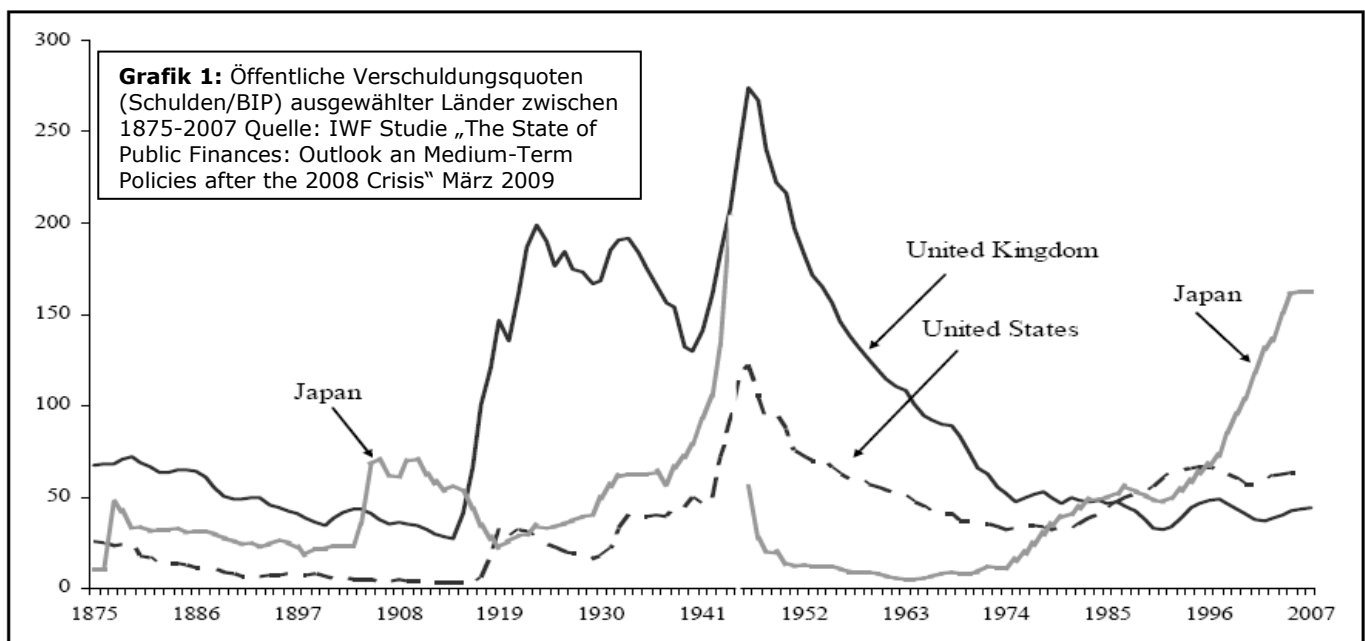
Ob Schulden „hoch“ oder „niedrig“

sind, hängt vor allem davon ab, wie hoch die Zinszahlungen im Verhältnis zum Einkommen sind und wie leistungsfähig der Schuldner ist.

Wenn sich Otto Normalverbraucher ein Haus oder eine Wohnung kauft, dann gibt er ganz schnell mal 50% seines Einkommens für die Finanzierungszinsen aus, ohne dass er oder seine Bank erschrickt. In 2009 wird der Bund knapp 15% seiner Haushaltsmittel für Zinsen ausgeben – und ist damit weit entfernt von den Größenordnungen, die sich private Haushalte zumuten.

Die Leistungsfähigkeit des Staates drückt sich im Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus.

Zur Jahresmitte 2008 betragen in Deutschland die Schulden knapp 66% des BIP. Durch den Anstieg der Schulden in 2008 und 2009 und den gleichzeitigen Rückgang des BIP soll die Verschuldungsquote in 2009 auf



70 bis 80% steigen. Das kommt uns enorm hoch vor und ist sicher auch hoch. Auf der anderen Seite leben Länder wie Belgien, Griechenland, Italien und Japan seit Jahren mit einer viel höheren Staatsverschuldung und das ganz bequem. Auch in der Vergangenheit schon gab es oftmals hohe Staatsverschuldungen und nur in den seltensten Fällen war eine Währungsreform notwendig, um die Schuldenquote wieder zu reduzieren. Auch das in Deutschland viel gefürchtete Gespenst „Hyperinflation“ ging in den 20er Jahren vor allem auf den ersten Weltkrieg und die daraus resultierenden Reparationszahlungen zurück.

Die Staatsverschuldung der USA liegt inzwischen bei rd. 100% des BIP und beim „Schuldenwelt-meister“ Japan bei rd. 200% und kein Mensch diskutiert dort über eine Währungsreform. Nur wenige wissen, dass z.B. in Großbritannien nach dem 1. Weltkrieg die Schuldenquote rapide auf rd. 200% anstieg, bis zum Ausbruch des 2. Weltkriegs nur auf knapp 150 % gesunken war und Anfang der 50er Jahre erneut auf fast 300% anstieg! England hat es ohne Währungsreform überlebt. Auch die USA hatten in der Folge des 2. Weltkriegs Anfang der 50er Jahre eine deutlich höhere Verschuldungsquote. (Siehe Grafik 1).

Damit sollen die Schulden und die daraus resultierenden Probleme keineswegs verharmlost werden, aber anhand der Zahlen dürfte klar sein, dass wir von einer Währungsreform noch ziemlich weit entfernt sind.

Panikkäufe von (physischem) Gold, zum Teil mit enormen Preisaufschlägen, sind genauso wenig sinnvoll und angebracht wie der zwanghafte Kauf von Immobilien. Die folgende Tabelle zeigt im Übrigen, dass es in der Vergangenheit immer wieder möglich war, auch hohe Staatsverschuldungsquoten wieder abzubauen und nur ganz selten über Hyperinflation oder Währungsreform.

Autor: Wolfgang Spang

Land	Anstieg der Schulden	Auslöser/ Grund	Schuldenabbau	Ursachen für die Reduktion der Schuldenquote
Nachkriegshyperinflationen				
Deutschland	von 63 % 1913 auf 72 % 1919 (Reparationszahlungen ausgenommen)	Erster Weltkrieg	95% Wertverlust der Schulden in 1923	Hyperinflation (1921-23) begleitet von zweistelligen realen Wachstumsraten
Japan	von 23% 1919 auf 40% 1929, nach 1937 starker Anstieg bis 204% (Höchststand 1944)	Erdbeben in Tokio (1923); Finanzkrise (1927); Japan-China Krieg (1937); Zweiter Weltkrieg	Abbau auf 56% im Jahr 1946	Hyperinflation
Nachkriegs-Wirtschaftswachstum und Ausgabenkürzungen				
Großbritannien	von 90% 1795 auf 160% 1816, Höchststand von 185% in 1822	Napoleonische Kriege; gefolgt von starker Deflation	auf 30% 1914, mit kleinen Unterbrechungen	starke Kürzung der Militärausgaben in Zeiten des Friedens; gesundes Wachstum; ausgeglichene Staatsausgaben bzw. erwirtschaftete Überschüsse
USA	von 16% 1929 auf 40% zwischen 1933-38; Höchststand von 121% 1946	Weltwirtschaftskrise; Zweiter Weltkrieg	auf 50% 1965	starkes reales Wirtschaftswachstum; Ausgabenkürzungen; etwas Inflation
Japan	von 23% 1903 auf 71% in 1910	Japanisch-Russischer Krieg (einschließlich Folgewirkungen); damit verbundene steigende Risikoprämien auf ausländische Schulden	auf 23% 1919	Sparkurs des Staats; verpflichtende Beiträge in einen Schuldentilgungsfonds; geringere Risikoprämien nach dem gewonnenen Krieg über Russland; rasantes Wachstum

Schuldenabbau durch fiskalische Anpassungen und rasantes Wachstum

Irland	von 64% 1979 auf 109 in 1987	anhaltende makro-fiskalische Probleme; großer intervenierender öffentlicher Sektor	auf 38% in 2000; 25% in 2007	starkes Wachstum und fiskalische Anpassungen; starker Rückgang der Zinskosten für Schulden und verbessertes Schuldenmanagement
Dänemark	von 47% 1980 auf 82% 1984; Stagnieren auf diesem Niveau bis 1993	Wachstumsrückgang; hohe Staatsdefizite	auf 45% in 2000	Wachstumserholung; begleitet von Fiskalreformen zur Ausgabenkürzung
Belgien	von 61% 1976 auf 132% 1993	hohe Primärdefizite; Wachstumsrückgang; höhere Zinskosten	auf 85% in 2007	ausgelöst durch Steuererhöhungen, niedrigere Zinskosten und wiederbelebtes Wachstum; später durch ausgeglichene Budgets und moderates Wachstum
Kanada	von 47% 1981 auf 102% 1996	hohe strukturelle Defizite; rapide zunehmende Zinsraten in den frühen 1980ern; zyklischer Abschwung	auf 64% in 2007	solides Wachstum; starke anhaltende Ausgabenkürzungen auf Ebene der Städte und Gemeinden
Niederlande	von 40% 1979 auf 79% 1993	Wachstumsrückgang; hohe Zinsraten Anfang der 80er-Jahre; zeitweilige Erhöhung des strukturellen Defizits	auf 51% in 2001	erhebliche Ausgabenkürzungen, die wachstumsfördernde Steuersenkungen erlaubten

Schuldenabbau durch eine Mischung von Inflation, geringeren Risikoprämien, Wachstum sowie fiskalischen Anpassungen

Frankreich	von 67% 1913 auf 140% in 1919; weitere Erhöhung auf 185% in 1922	Erster Weltkrieg; nachkriegszeitliche politische Blockade bei der Verteilung der Last	auf 139% in 1925; auf 100% 1929	fiskalischer Anpassungen
Großbritannien	von 26% 1913 auf 130% in 1919; allmählicher Anstieg auf 178% in 1933	Erster Weltkrieg; Nullwachstum in den 20er-Jahren; Great Depression (1929-33)	auf 141% in 1938	Auslöser des Rückgangs war die Inflation und das Wachstum; gefolgt von späteren Erhöhungen der Einkommenssteuern für die Mittelschicht sowie indirekten Steuern (1926-29); Währungspolitik, dass der Franc nicht aufwertete, half dabei; hoher Anteil kurzfristiger Schulden verhinderte die leichtfertige Methode der Schuldentilgung durch Inflation

Tabelle: Major Accumulations and Decumulations of Government Dept, Historical Episodes Quelle: IWF Studie „The State of Public Finances: Outlook and Medium-Term Policies after the 2008 Crisis“ März 2009